

gegen die drängender werden Fragen um Sein oder Nichtsein der Nation in den vorgenannten Ländern. Und sie rühren an eine Kernfrage, die in Deutschland seit den separatistischen Tendenzen im Rheinland der 1920er Jahre nicht mehr gestellt wurde: Was ist eigentlich die Nation, und welche Rechte hat sie gegenüber einer Region, die sich von ihr abspalten will? Kann demnach eine Nation sich territorial, historisch oder sprachlich definieren und dies in jedem Landesteil durchsetzen? Und zählt der Wunsch nach Unabhängigkeit mehr, wenn er durch demokratisch legitimierte Vertreter einer Nation formuliert wird? Was ist, wenn diese legalen Möglichkeiten nicht bestehen und der Wille nach Eigenständigkeit sich allein durch Demonstrationen oder sogar durch Terrorismus äußert?

Jene Staaten Westeuropas, die zu Schauplätzen autonomistischer und separatistischer Bestrebungen wurden, weisen unterschiedliche Problemlagen und singuläre Konfliktursachen auf, zwischen denen es eher zu unregelmäßigen Wechselwirkungen kommt. Feststellbar ist in mehreren Staaten Westeuropas ein Frustrations- und Empörungsphänomen: Dem Nationalstaat wird Versagen bei effizienter Verteilung von sozialen Gütern und Nichtrespekt des regionalen Identitätsbedürfnisses vorgehalten. Auf dieser Grundlage folgen weit größere Bevölkerungsanteile in separatistischen Regionen einer Minderheit von dezidierten Nationalisten, die kompromisslos für staatliche Neugründungen eintreten.

Worauf zielen Regionalisten im Grundsatz? Sie fordern generell mehr Gestaltungsrechte und formale Kompetenzen für den von ihnen definierten politischen Hauptbezugskreis. Dies kann innerhalb des bestehenden Staates mit seiner Hierarchie aus Gesamtstaat und nachgeordneten Gebietskörperschaften geschehen, aber auch auf Separatismus und die Neugründung eines Staates hinauslaufen. Die Bevölkerung soll ihre durch gemeinsame Geschichte, Kultur und Sprache abgrenzbare Identität in politische Eigenständigkeit umsetzen können. Hierbei können über die Forderung nach binnenstaatlicher Grenzziehung hinaus zwischenstaatliche Grenzen in Frage gestellt werden, so bei der Vorstellung eines vereinigten Baskenlandes, das Gebiete Spaniens und Frankreichs umfassen würde.²

Die Regierungen in der EU, ob selbst betroffen oder nicht, stehen Regionalbewegungen in anderen Mitgliedstaaten indifferent bis ablehnend gegenüber. Es gilt als *common sense*, secessionistische Bewegungen durchweg abzulehnen und klarzustellen, dass secessionierte Neustaaten nicht mehr Mitglied der EU sind.³ Auch von der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament erhält ein gegen den Zentralstaat gerichteter Regionalismus keine erklärte

2 Auf französischer Seite bilden die historischen Gebiete Labourd, Basse-Navarre und Soule die Unterpräfektur Pays Basque innerhalb des Departements Pyrénées-Atlantiques, zu dem ferner die Unterpräfektur Béarn gehört. Vgl. Errecaldia.com (2013): Département 64, http://errecaldia.com/index.php?Itemid=71&id=56&option=com_content&task=view [3.6.2013].

3 BBC News, Scotland Politics, 10.12.2012: Scottish independence: Barroso says new states need "apply to join EU", www.bbc.co.uk/news/uk-scotland-scotland-politics-20664907 [3.6.2013]

Unterstützung. Stillschweigend stehen die Kommission und das Parlament aber Bestrebungen nach mehr regionaler Eigenständigkeit durchaus aufgeschlossen gegenüber, denn es stärkt ihre Position gegenüber den nationalen Regierungen. Sie halten diese Problematik von der großen politischen Bühne fern. Praktisch unbemerkt fördert die Kommission im Rahmen der Strukturfonds auch die Pflege von Minderheitensprachen. Das Parlament hat seit 1980 pro-regionalistisch mehrere Resolutionen beschlossen, die sich im Wortlaut generell auf die Förderung der kulturellen Vielfalt beschränken.⁴

Schauplätze des Regionalismus im westlichen Europa

Der Doppelstaat Belgien

Belgien begann 1830 sein staatliches Leben als Schöpfung der Großmächte. Es hatte zunächst die Funktion, der Wiedererrichtung eines französischen Imperiums entgegenzuwirken, danach diente es nach Gründung des Deutschen Reiches als von Großbritannien garantiertes Scharnier gegen einen erneuten deutsch-französischen Waffengang. Belgien ist an seiner französisch-flämischen Sprachgrenze zweigeteilt, innerhalb des flämischen Teils liegt das zu etwa 80 % französische Brüssel. In den 1970er Jahren wurde der nach dem Ersten Weltkrieg erstarkende flämische Regionalismus wieder belebt, synchron zur allmählichen Umkehrung einer 140-jährigen Dominanz der französisch sprechenden Wallonen in wirtschaftlicher und administrativer Hinsicht.⁵ Die Wirtschaftsleistung Flanderns liegt heute deutlich über der von Wallonie und Brüssel zusammen.⁶ In Flandern setzte sich an den 1970er Jahren Flämisch (mit dem Niederländischen nahezu identisch) als Amtssprache und auf nationaler Ebene Zweisprachigkeit durch. Von dort führte der Weg zu einem paradox erscheinenden Staat, der bei allem verbal aggressiven Separatismus auf flämischer Seite offenbar mangels Alternativen zusammenhält: Die Gründung eines flämischen Kleinstaates erscheint der Mehrheit als unvernünftig und eine Wiedervereinigung der katholischen Flamen mit den protestantischen Holländern als schauerhaft. In den letzten Jahren tritt jedoch die gemäßigt-konservative Partei NVA in Flandern mit ernsthaften Abspaltungstendenzen hervor,⁷ nachdem sie den migrantenfeindlichen Vlaams Belang als Hauptvertreter der flämischen Sache abgelöst hat.⁸

4 Vgl. FUEN / Federal Union of European Nationalities (2012): Guidance – Promotion of Regional and Minority Languages in Europe, 6-8, www.fuen.org/fileadmin/user_upload/downloads/rml2future-guidance-2014.pdf [3.6.2013].

5 Vgl. Thomas O. Hueglin, "Regionalism in Western Europe: Conceptual Problems of a New Political Perspective", *Comparative Politics*, Vol. 18, No. 4 (Jul. 1986), 439-458, hier 441

6 Eurostat Newsrelease, "Regional GDP per capita in the EU in 2010: eight capital regions in the ten first places", 21.3.2013, 3, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/nuts_nomenclature/introduction [03.06.2013]

7 Vgl. Debating Europe, 15.10.2012, www.debatingeurope.eu/2012/10/15/should-flanders-be-independent [3.6.2013]

8 Vgl. Alain van Hiel (2011), "Apsycho-political profile of party activists and left-wing and right-wing extremists", *European Journal of Political Research*, Vol. 51, 166-203, hier 184

Spanien — Wohngemeinschaft auf Zeit?

In Spanien erstarkte der Regionalismus sofort nach dem Tode Francos, als 1976 die Diktatur der Falange zu Ende ging und der Übergang (*la transición*, 1975-78) zur Demokratie begann. Die Entwicklung glich dem plötzlichen Öffnen des Dampfkochtopfs: Katalanen und Valencianer, Basken und Galizier forderten ihre sprachliche Eigenständigkeit zurück.⁹ Die Katalanen und Basken forderten mehr Autonomie, als sie vor dem spanischen Bürgerkrieg besaßen. Im Baskenland steigerte sich der auf Sezession drängende Nationalismus mit terroristischen Mitteln.

Die nachhaltigste Abgrenzung vom Zentralstaat unternahm in den letzten zehn Jahren Katalonien. Von 2003 bis 2006 drängte die auch in dieser Region regierende Sozialistische Partei auf eine Erweiterung des Autonomiestatus. Seit 2006 stellt die bürgerlich-autonomistische Partei CiU (Convergència i Unió) mit Artur Mas den Regierungschef. Die CiU wie die links-republikanische ERC (Esquerra Republicana de Catalunya) bekennen sich zum Fernziel eines unabhängigen Kataloniens und wollen den nationalistischen Aktivismus für ihr eigenes politisches Gewicht nutzen. Gegenwärtig hat jedoch die schwere Wirtschaftskrise in Spanien den Kurs schrittweiser Distanzierung gebremst, weil die Region auf Sonderfinanzhilfen des Zentralstaates angewiesen ist. Für den 9. November 2014 hat die Regionalregierung erneut ein Referendum über die Unabhängigkeit Kataloniens angesetzt. Bislang folgte prompt die Zurückweisung des Mehrheitsvotums durch das spanische Verfassungsgericht — und der Verzicht Barcelonas und Madrids zur gewaltsamen Austragung des Konflikts.¹⁰ Derzeit streiten beide Seiten in skurriler Weise darüber, ob das Referendum die Bezeichnung “Unabhängigkeit” erhalten darf.¹¹

Italien: Prekärer Konsens in Südtirol

Der Regionalismus in Südtirol geht auf das von Österreich-Ungarn am 3. November 1918 mit Italien geschlossene Waffenstillstandsabkommen und den Vertrag von Saint-Germain zwischen den Siegermächten des Ersten Weltkrieges und der neu geschaffenen Republik Österreich zu-

rück. Nach diesem Vertrag fiel der Teil Tirols südlich des Alpenhauptkamms an Italien, was die Begriffe “Südtirol” und “Brenner-Grenze” ins Leben rief. Die Region besitzt heute umfassende Regionalautonomie. Diese war nach den Italianisierungs-Exzessen der faschistischen Diktatur im Ansatz bereits 1946 auf Druck der USA dem Nachkriegsitalien verordnet worden.¹² Gleichzeitig bestätigten die Siegermächte die Zugehörigkeit Südtirols zu Italien. Der Südtiroler Volkspartei gelang es in den 1960er Jahren durch Einschaltung der Vereinten Nationen, einen Prozess der stetigen Erweiterung südtiroler Autonomierechte einzuleiten. In Opposition zur regierenden Südtiroler Volkspartei verlangen die Freiheitlichen und die Südtiroler Freiheit die Selbstbestimmung der Südtiroler über einen eventuellen Austritt aus dem italienischen Staatsverband.¹³

Regionalistische Ansätze in Frankreich

Wo keine Kanäle für die legale Manifestation von Autonomiebestrebungen existieren, bleiben Konflikte um die Rechte und den Status einer Region längere Zeit verborgen oder äußern sich allein in Gewaltakten. Sie können bei Schwäche des Zentralstaates, einer Wirtschafts-, aber auch Sinnkrise der Nation auf die politische Bühne treten. In Frankreich stehen regionalistische Parteien bislang am Rand des politischen Systems: Sie gelten der großen Bevölkerungsmehrheit auch in den Regionen mit autonomistischen Bewegungen als Sektierer, sofern sie nationsbildende Utopien anstreben wie das Freie Okzitanien oder die Bretonische Nation. In Korsika ist weniger von Regionalismus, sondern von konzeptlosem Terror zu sprechen, dessen Gewalttätigkeit auf der Verbindung von Separatismus und organisierter Kriminalität beruht.¹⁴ Weil der korsische Separatismus sich im Wesentlichen außerhalb des demokratischen Systems stellt, wird er, wie eingangs angekündigt, hier nicht berücksichtigt.

Eine landesweite Partei würde in Frankreich stark an Wählerzuspruch verlieren, würde sie regionalistische Bewegungen unterstützen. Denn dies verletzt das immer noch dominante Dogma der unteilbaren Nation. Vielmehr nehmen die lokalen Abgeordneten der großen Parteien UMP (Union pour un mouvement populaire) und PS (Parti socialiste) im bretonischen Fall die Frage einer Korrektur der Regionengrenzen zum Anlass, um den autonomistischen Druck aufzunehmen und zu kanalisieren:¹⁵ Die seit 1993 bestehende Region Bretagne umfasst vier Départements, müsste nach Ansicht bretonischer Regionalisten aber mindestens auch das Département Loire-Atlantique aus der Region Val de la Loire mit der Stadt Nantes umfassen. Bislang zeigt das politische Positionsbild, dass die Abgeordneten und führen-

9 Die Region [span.: Autonomía] Katalonien, die Nordhälfte der Region Valencia und die Balearen sprechen zu 80 bis 90 Prozent das vom Hochspanischen (“Kastilianisch”) stark abgewandelte Katalanisch (Català). Es enthält zahlreiche Wörter und grammatische Regeln, die dem Hochspanischen fremd sind. Die baskische Sprache (Euskera) unterscheidet sich von allen europäischen Sprachen komplett. Sie wird in der Region Baskenland und in den baskischen Siedlungsgebieten der Region Navarra nur von 40 bis 50 Prozent der Bevölkerung aktiv beherrscht — ein Ergebnis der unter Franco geförderten Binnenmigration. Galizisch (Galiego) ist an das Portugiesische angelehnt. Lese- und Hörverständnis ist zwischen Kastilianisch und Galizisch vergleichsweise einfach.

10 Siehe EurActiv, 28.1.2014: Scotland and Catalonia gear up for independence votes. www.euractiv.com/enlargement/scotland-catalonia-set-independence-news-533055

11 The Guardian, 16.1.2014: Catalonia votes to ask Madrid for secession referendum, www.theguardian.com/world/2014/jan/16/catalonia-vote-right-independence-referendum

12 Gemeint ist der Pariser Vertrag vom November 1946, genannt das Gruber-Degasperi-Abkommen.

13 Siehe Parteiprogramm der Freiheitlichen von 1992, S. 7

14 Siehe u. a. Le Figaro, 31.5.2013: La jeunesse nationaliste corse se radicalise; Molas, Isidre (2000): Partis nationalistes, autonomie et clans en Corse, Barcelona. Le Télégramme, 08.04.2013: Réunionification de la Bretagne. Le Fur: “On aurait préféré bénéficier de l’élan alsacien.”

15 Le Télégramme, 8.4.2013: Réunionification de la Bretagne.

den Lokalpolitiker (Bürgermeister, Parteifunktionäre) von UMP und PS in den vier bretonischen Departements und in Loire-Atlantique sich überwiegend für die Eingliederung einsetzen.¹⁶

Auf der anderen Seite Frankreichs, dem Elsass (Alsace), hält sich der Enthusiasmus für regionale Fragen in Grenzen: Die Bevölkerung der elsässischen Departements Haut-Rhin und Bas-Rhin lehnten im Frühjahr 2013 eine Fusion ab. In Haut-Rhin votierte eine Mehrheit der Abstimmenden dagegen, in Bas-Rhin dafür, während in beiden Departements das erforderliche Quorum von 50 % Wahlbeteiligung verfehlt wurde.¹⁷ Eher fühlen sich die Elsässer im Abseits der zentralistischen Infrastrukturplanung — so wurde Straßburg als letztes regionales Zentrum an das TGV-Netz angeschlossen.¹⁸ Paris, so die elsässische Haltung, fördert zu wenig die Chancen dieser Region in Nachbarschaft Südwestdeutschlands und dem Nordwesten der Schweiz.

Was die Anerkennung des Deutschen als Regionalsprache betrifft, trat ab 1975 mit der Wiederzulassung von Unterricht in Deutsch für zunächst 2,5 Stunden pro Woche Entspannung ein.¹⁹ Seit 1995 existieren im Elsass zweisprachige Schulen, so dass inzwischen SchülerInnen in diesem Ausbildungsweg die Hochschulreife erlangt haben.²⁰ Die regionalen Administrationen fördern die französisch-deutsche Zweisprachigkeit inzwischen auch wegen der gewachsenen Verflechtungen mit dem südwestdeutschen und schweizerischen Wirtschaftsraum.²¹ In der Bretagne besuchten 2011 insgesamt 14.082 SchülerInnen zweisprachige Schulen, davon 3.481 in den sog. Diwan-Schulen mit mehr als 50 Prozent Unterricht in Bretonisch, eingerechnet die auch im Departement Loire-Atlantique bestehenden Angebote.²²

Asymmetrische Dezentralisierung in Großbritannien

Prozesse der Dezentralisierung verlaufen in den Ländern Westeuropas, in denen Regionalismus eine wichtige Triebkraft der Politik darstellt, in stark unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Was aber regelmäßig nicht gelingt, ist die Föderalisierung von bis dahin zentralistischen oder regionalisierten Staaten. Zwar könnte Großbritannien den weitesten aller Schritte gehen, die in diesem Jahr (14. September) per Referendum herbeigeführte Abspaltung eines Landesteils (Schottland), aber der Zwischenschritt einer Föderalisierung

fehlt auch hier. Der *devolution* genannte Prozess der Regionalisierung bedeutete eine jeweils unterschiedliche Ausstattung von Schottland, Wales und Nordirland mit Exekutiv- und Legislativbefugnissen. Schottland besitzt von allen drei Regionen die größten Kompetenzen, die sich auf Wirtschaftsförderung, Sozialschutz, Gesundheitsvorsorge und Umweltschutz erstrecken.²³ Nordirland besitzt ein Parlament und eine mit Schottland vergleichbare Selbstverwaltung, aber London hat sich das Recht zum jederzeitigen Eingreifen gesichert, sollte die Sicherheitslage es erfordern.

Im Ergebnis hat die Labour-geführte Regierung (1997-2010) Großbritannien mit der *devolution* heterogener gemacht.²⁴ Aber es wird in England als ungerecht empfunden, dass die schottische Regierung in ihrem Zuständigkeitsbereich Sozialleistungen finanzieren kann, die in England nicht bestehen, jedoch von Steuergeldern der Engländer mitgetragen werden. Dies betrifft u. a. die Abschaffung der Studiengebühren, die 2010 in England auf 9.000 Pfund pro Jahr angehoben wurden, sowie die Abschaffung der privaten Zuzahlungen bei Arzneimitteln.²⁵

Die Konservativen (Tories) betrachteten Dezentralisierung als Pandora-Büchse, deren Öffnung unkontrollierbare Entwicklungen anstoßen müsse. Ihre siebzehnjährige Regierungszeit (Dezember 1979 bis Mai 1997) begann kurz nachdem die Schotten durch Verfehlung des Quorums ein erstes Devolution-Paket der Labour-Regierung von Jim Callaghan abgelehnt hatten.²⁶ Margaret Thatcher (bis November 1990) und John Major (bis Mai 1997) verfolgten den Devolution-Ansatz nicht weiter.

Tony Blair nahm die Regionalautonomie für Wales und Schottland in das Wahlprogramm für 1997 auf. Er hoffte, die schottischen Wahlkreise damit vollständig für die dort traditionell starke Labour Party zu gewinnen und dazu in Edinburgh eine Art Gegenregierung zu haben, sollte die Mehrheit im Unterhaus wieder verloren gehen. Blairs Kalkül ging insofern auf, dass New Labour 1997 die meisten schottischen Wahlkreise gewann und von 1999 bis 2007 auch die ersten beiden schottischen Regionalregierungen bildete. Das halbstaatliche Economic and Social Research Council warnte 2004, dass die Devolution zu schweren politischen Auseinandersetzungen führen werde, sobald die Labour Party eine ihrer Mehrheiten in Lon-

16 agencebretagnepresse (2013): Les acteurs politiques de la reunification de la Bretagne: les pros et les antis, www.agencebretagnepresse.com/fetch.php?id=24401 [3.6.2013]

17 Le Télégramme, 7.4.2013: Alsace. Echec du référendum de fusion des collectivités

18 SNCF direct (2012): TGV Est Européen: Une conquête réussie! www.infolignes.com/reportages.php?contentId=44 [3.6.2013]

19 Conseil Général du Haut-Rhin (2010): L'éducation bilingue, dès maternelle — Zweisprachig lernen, bereits im Kindergarten; Colmar, S. 15

20 L'Express, 27.8.2009: Cacophonie autour du bilinguisme en Alsace. www.lexpress.fr/region/cacophonie-autour-du-bilinguisme-en-alsace_782784.html

21 Conseil Général, Fn. 19, 6

22 Office public de la langue bretonne (2012), 4

23 Gov.uk (2013): Devolution of powers to Scotland, Wales and Northern Ireland, www.gov.uk/devolution-of-powers-to-scotland-wales-and-northern-ireland [3.6.2013].

24 BBC (2010): Devolution — A beginner's guide, news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/politics/election_2010/first_time_voter/8589835.stm [3.6.2013]

25 Ebd.

26 BBC (1997): The 1979 Referendums, www.bbc.co.uk/news/special/politics97/devolution/scotland/briefing/79referendums.shtml [3.6.2013]. Zwar stimmten 52 Prozent für und 48 Prozent gegen die Vorlage, aber bei einer Wahlbeteiligung von 63,6 Prozent umfassten die Befürworter nur 32,9 Prozent der Abstimmungsberechtigten. Das erforderliche Quorum lag aber bei 40 Prozent.

don, Cardiff oder Edinburgh verliere.²⁷ Während die Tories vorübergehend keinen einzigen Unterhaussitz in Schottland besaßen, etablierte sich die Scottish National Party (SNP) allmählich als erste politische Kraft. Sie konnte von 2007 bis 2011 ein Minderheitskabinett mit Tolerierung von Labour bilden und gewann 2011 die absolute Mehrheit der Sitze des Regionalparlaments in Edinburgh.

Es wird erwartet, dass Premierminister Cameron vor dem Referendum im September eine Paketlösung mit noch umfassenderer Autonomie in inneren Angelegenheiten anbieten wird, die zum Missfallen der SNP dem tatsächlichen Wählerwillen in Schottland mehr entspricht als die Separation.²⁸ *Maximal Devolution* oder kurz *devo max* würde dem klammen Schottland ersparen, eigene Streitkräfte und diplomatische Dienste aufbauen zu müssen. Der schottische Regierungschef Alex Salmond verweist zwar immer wieder auf die untermeerischen Lagerstätten von Öl und Gas, die in das maritime Hoheitsgebiet des neuen Staates fallen würden,²⁹ aber kritische Schätzungen sehen den vermeintlichen Rohstoffreichtum als weit niedriger gegenüber dem absehbaren Minus für Schottlands öffentlichen Haushalt nach der Abspaltung von Großbritannien.³⁰

Bremst Föderalisierung den Separatismus?

Belgien hat 2009 die Föderalisierung gewagt, d. h. den obersten substaatlichen Einheiten eine nicht re-zentralisierbare Selbstverwaltung gegeben. In der neuen Aufteilung ist Belgien in die drei Einheiten Flandern, Wallonie und die Hauptstadt Brüssel gegliedert. Alle drei Teilgebiete haben politische Subsysteme, die es als potenziell selbstständigen Staat konstituieren. Mehr Eigenständigkeit für die Regionen und Reduzierung des Zentralstaates auf schweizerisches Niveau schien bislang dem flämischen Drang nach Selbstabtrennung seine Spitze zu nehmen. Größere Selbstständigkeit kann sichtbar machen, dass der bestehende Nationalstaat doch seinen Nutzen hat und der finale Schritt zur Unabhängigkeit wirtschaftliche Nachteile bringt. Demonstrationen für die Einheit der Nation zeigten seit 2010 die Skepsis der Bevölkerungsmehrheit gegenüber einer Abspaltung, während davor die Parolen separatistisch eingestellter Politiker den Ton angaben.³¹

27 Vgl. Economic and Social Council (2004): *Devolution: What Difference Has it Made? Interim Findings from the ESRC Research Programme on Devolution and Constitutional Change*, 9

28 Vgl. Herald Scotland, 22.7.2012: *London told: Pass more devo powers*, www.heraldsotland.com/mobile/politics/referendum-news/london-told-pass-more-devo-powers.18210334?_fd770d72234779237440bd0600297944b4f0754d [3.6.2013]

29 Newsnet.scotland.com, 05.05.2013: *Scottish oil massively underestimated*.

30 Politics.co.uk, 24.7.2013: *Oil riches for Scots: Salmond 'fundamentally dishonest'?* www.politics.co.uk/news/2013/07/24/oil-riches-for-scots-salmond-fundamentally-dishonest

31 Vgl. La Revue Toudi (2010): *Manifestations pour l'unité de la Belgique (1963-2010)*, www.larevuetoudi.org/fr/story/manifestations-pour-lunite-de-la-belgique-1963-2010 [3.6.2010]

Die Idee der Föderalisierung Großbritanniens blieb bislang eine Exotendebatte, die den Sprung auf die Bühne der landesweiten Politik nicht schaffte. Dies lag auch daran, dass die so bezeichneten "Regionen" nur schwache Kompetenzen bei Infrastrukturplanung, Umweltschutz und Wirtschaftsförderung erhielten und deshalb in der breiten Bevölkerung gar nicht wahrgenommen wurden. Der Regional Development Agencies Act von 1998 fügte den kleinen Regionaladministrationen indirekt gewählte Regionalkammern hinzu.

Wesentliches Interesse von politischen Repräsentanten auf Ebene von *Counties* und Kommunen war die effizientere Einwerbung von Fördermitteln der Europäischen Union.³² Dies gelingt in der Regel dann am besten, wenn Fördergebiet und zuständige Bürokratie deckungsgleich sind. Hier fehlte in Großbritannien eine institutionelle Ebene zwischen den *County Councils* und der Londoner Zentralregierung. Allerdings wurde den Regionalinstitutionen mangelnder Nutzen vorgehalten, was die Tories bereits in der Opposition (vor 2010) eine Gegenposition beziehen ließ. Beginnend während des Kabinetts Gordon Brown (Labour) und vollendet durch das gegenwärtige Kabinett Cameron/Clegg (Tories/Liberaldemokraten) wurden die Regionalkammern durch Nicht-Wiederbesetzung abgeschafft und die Verwaltungskompetenzen an die *County Councils* zurückgegeben. Ihre Funktionen üben nun *Local Authority Leaders' Boards* aus, unterstützt von *Regional Development Agencies*. Nach diesem Downsizing ("Abspecken") fungieren die Regionen noch als Grundlage statistischer Erhebungen für Regionalplanung und Wahlkreiseinteilungen.³³

Die Regioneneinteilung in England wirkt im Rückblick mutlos. Hier wurde die Chance zu echter Regionalisierung Englands mit Modellcharakter für eine einheitliche Untergliederung Großbritanniens frühzeitig vergeben, mag sie auch wegen der historisch-kulturellen Verschiedenheit der Teile Großbritanniens klein gewesen sein. Zumindest hatten die neun Regionen jeweils in etwa die Einwohnerzahl Schottlands.³⁴ New Labour saß gerade in den ersten Jahren der Regierungszeit von Tony Blair (1997-2007) am Reformhebel, hatte aber nicht den Mut, den Politikansatz der Devolution als Gesamtkonzept für Großbritannien zu verfolgen. Stattdessen beugte New Labour sich dem auch in der eigenen Partei starken Widerstand auf kommunaler und County-Ebene. Hier fürchteten die Bürgermeister und Abgeordneten eine Entwertung ihrer Stellung zugunsten einer weiter erstarkenden Zwischenebene. Das — aus englischer Sicht — abschreckende Beispiel lag nicht weit entfernt: Die starken deutschen Bundesländer

32 Paul Deacon, *Regionalisation and the English Regions*, a thesis submitted for the degree of Doctor of Philosophy, University of Bath, United Kingdom, 2008, 90 f.

33 Ebd., 220-222

34 In England lebten im Jahr 2010 rund 52,2 Millionen Menschen, gegenüber 3,0 Millionen in Wales und 5,2 Millionen in Schottland (gegenwärtig leben in allen drei Landesteilen nach Schätzungen etwa zwei Prozent mehr Menschen). Vgl. BBC, 16.07.2012: *England and Wales population up*, www.bbc.co.uk/news/uk-18838540 [3.6.2013]. Vgl. ferner: Office for National Statistics (2012): *2011 Census: Population Estimates for the United Kingdom*, 27. März 2011, 1

dominieren auf ihrem Terrain die Kommunen und, soweit vorhanden, die Zwischenebene der Regierungsbezirke. Beide sind bei ihren Finanzmitteln von den Bundesländern abhängig und unterliegen zudem ihrer Kontrolle.

Zusammenfassung und Ausblick

Regionalismus ist nicht ein gleichförmiges Phänomen auf mehreren politischen Bühnen, das stets auf den Zerfall der alten westeuropäischen Nationalstaaten zusteuert. Vielmehr existieren verschiedene Formen des Regionalismus, die auf erweiterte Rechte des Teilgebiets eines Staates hinarbeiten. Nur wenige davon streben nach dem Herausbrechen ihrer Region aus dem existierenden Staat, um diese als neuen Staat oder als Teil eines anderen Staates zu konstituieren. Häufig jedoch führt das Streben nach mehr Eigenständigkeit rasch zu einem Sezessionskonflikt, weil keine strukturellen und legalen Voraussetzungen bestehen, um diese Bestrebungen innerhalb der staatlichen Ordnung aufzufangen.

Durchaus kann eine wechselseitige transnationale Verstärkung der Regionalismen in Europa behauptet werden. Dieser Faktor ist schwierig zu belegen, aber ein Blick auf die Chronologien der jeweiligen Regionalbewegungen macht deutlich, dass es in den letzten vier Jahrzehnten transnationale Wellen gab, in denen offenbar wechselseitig Motivationsschübe ausgelöst wurden. Als weitere Gemeinsamkeit zeigt sich seit den 1990er Jahren eine Verfestigung mehrerer Separationsbewegungen in Westeuropa. Nicht allein größere Autonomie ist das Ziel, sondern die Neukonstitution als Nationalstaat. Gelingt der Zentralregierung keine Kanalisierung regionalistischer Bewegungen, findet sie sich schnell auf ihr Gewaltmonopol als letztes Mittel zurückgeworfen.

Neben wirtschaftlichem Gefälle und dem Gefühl der Vernachlässigung durch die Zentralregierung entfaltet eine eigene Sprache besonders starke Identitätsbildung einer Region, sofern nicht der mehrsprachige Charakter einer Nation etabliert und von allen Ethnien und Sprachgruppen akzeptiert ist. In der Regel beherrschen Minderheiten-Sprachgruppen sowohl ihre als auch die landesweit erstrangige Sprache. Dadurch haben sie eine Möglichkeit zur Abgrenzung, die der Hauptsprachgruppe nicht zur Verfügung steht. Dies erzeugt bei der Hauptgruppe in der Regel Unmut, die von passiver Ablehnung bis zur Befürwortung harter Repressionsmaßnahmen reichen kann.

In mehreren Nationalstaaten haben sich während der letzten 40 bis 50 Jahre auf substaatlicher Ebene neue Identitäten manifestiert, wobei in mehreren Fällen historische, aber zwischenzeitlich durch stärkere Triebkräfte der Politik zurückgedrängte Identitäten neu belebt wurden. Ab den 1960er und 1970er Jahren wurden sowohl die Nationalstaaten als Orientierungsprinzip der demokratischen Gesellschaften Westeuropas als auch die im Rechts-Links-Schema bzw. in der Konfliktkonstellation Kapitalismus vs. Sozialismus verorteten großen Fragen der Innenpolitik stellenweise zurückgedrängt. Die jeweiligen Entwicklungen verliefen in den einzelnen Staaten unterschiedlich, was wesentlich an den jeweiligen Spielräumen lag, die den regionalen Bewegungen zur Verfügung standen. Insgesamt zeigte sich,

dass Vertiefungen des Regionalismus vom innerstaatlichen Autonomiestreben zum Separatismus hauptsächlich dort auftreten, wo die Kompetenz der zentralen Regierungsinstitutionen stark in Zweifel gezogen wird. Dies gilt für die mehrheitlich eine Minimierung des Sozialstaats ablehnenden Schotten wie für die sich finanziell ausgebeutet fühlenden Katalonier und in ähnlicher Weise für die sich als "Melkkühe" der jetzt wirtschaftlich schwächeren Wallonie empfindenden Flamen, aber auch für die Bretonen: diese kritisieren in wachsender Zahl die mangelnde Sensibilität des immer noch stark zentralistischen Frankreichs gegenüber ihrer kulturellen und sprachlichen Eigenständigkeit. Hier bildet die Forderung nach Wiedereingliederung des Departements Loire-Atlantique in die Region Bretagne den gegenwärtigen Fixpunkt des Streits mit Paris. Angesichts der schwachen Kompetenzausstattung von französischen Regionen zeigt dies auch die Bedeutung von Symbolik bei den gegenwärtigen Regionalbewegungen in Westeuropa.

Allerdings zwingen diese Bewegungen den zentralen Regierungsinstitutionen einen schwierigen Kurs auf: die Erfüllung begrenzter Autonomieforderungen kann den Regionalkonflikt befrieden, aber auch eine Lawine weitergehender Forderungen losretten. Die Entwicklungen in Spanien und Großbritannien zeigen, dass "die Zentrale" schnell in die Defensive geraten kann. London will diesen von New Labours Devolution-Politik herbeigeführten Zustand mit dem Schottland-Referendum im September 2014 beenden. Madrid hingegen erwehrt sich seit drei Jahrzehnten der Forderungen aus dem Baskenland und Katalonien nach Eigenständigkeit, wobei in den letzten zehn Jahren die Katalanen die Basken an friedlicher Militanz überholt haben. Katalanen und Schotten sind jetzt das Maß aller Transformation des Nationalstaats in Westeuropa.

Die substaatlichen und transnationalen Elemente der politischen Systeme West- und Mitteleuropas stehen in einem Veränderungsprozess, der die Nationalstaaten weiter transformieren wird. Hier liegt der Einwand nahe, dass dieser vierteilige Prozess sich doch in der Europäischen Union abspielt: dass zu neuen Nationen werdende Regionen also nicht in Isolation fallen, sondern Teil von Verschiebungen im Drei-Ebenen-Haus, bestehend aus Region, Nation und Union, sein können. Diesen Weg haben die EU-Mitgliedstaaten jedoch bislang nicht eröffnet, sondern sich vielmehr auf die Verteidigung der bestehenden Nationalstaaten festgelegt. Hier erscheint eine Blickfelderweiterung geboten, welche die Transformation der Nationalstaaten und die europäische Integration nicht als Widerspruch, sondern als Entwicklungschance begreift.

Dr. Johannes Heisig ist als freier Journalist, Lektor und in der Erwachsenenbildung tätig. Hinweise und Anregungen sind unter joheisig@gmx.de willkommen.